

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Leonore Gewessler, Jakob Schwarz, Freundinnen und Freunde

betreffend Ergebnisse der Arbeitsgruppe zum Abbau klimaschädlicher Subventionen rasch vorlegen

eingebracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Umweltausschusses über den 14. Umweltkontrollbericht, vorgelegt vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (III-227/225 d.B.) (TOP 3)

BEGRÜNDUNG

Das Doppelbudget 2025/2026 ist beschlossen. Die Bundesregierung hat das von FPÖ und ÖVP ausgehandelte Sparpaket großteils unverändert umgesetzt und damit insbesondere bei Familien, Pensionist:innen oder Erwerbsarbeitslosen und Frauen gespart. Wenig überraschend trifft damit das Sparpaket untere Einkommen wesentlich stärker als hohe Einkommen.¹

Die Änderungen zum Blau-Schwarzen Sparpaket, wie etwa die Anhebung der Stiftungseingangssteuer oder die Erhöhung der Bankenabgabe, sind zwar begrüßenswert, bringen aber nur sehr geringe zusätzliche Einnahmen oder sind zeitlich befristet, während die Einkommensverluste der privaten Haushalte dauerhaft sind.

Zusätzlich zur sozialen Ungerechtigkeit bringt das Sparpaket große Rückschritte beim Klimaschutz. Einerseits werden Maßnahmen für den Klimaschutz stark gekürzt, andererseits werden klimaschädliche Subventionen sogar noch ausgebaut. Trotz der augenscheinlichen Klimakrise, die Österreich mit regelmäßigen Hochwassern, Hitzewellen und Waldbränden inzwischen direkt betrifft, und trotz des Spardrucks beschließt die Bundesregierung, fossile Subventionen weiter auszubauen. Das passiert auch entgegen der Empfehlung im 14. Umweltkontrollbericht, in dem der schrittweise Abbau klimaschädlicher Förderungen und Subventionen festgehalten ist. Die neu eingeführten fossilen Förderungen kosten die österreichischen Steuerzahler:innen zusätzlich 250 Millionen Euro pro Jahr.

Die Ausweitung von klimaschädlichen Subventionen ist nicht nur in Hinblick auf den Klimaschutz und das Budget nicht zu rechtfertigen, sie widerspricht auch dem im

¹ Budgetdienst 2025: „Umsetzung weiterer Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen“, <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-zu-gesetzen/BD-Umsetzung-weiterer-Konsolidierungs-und-Offensivmassnahmen.pdf>

Regierungsprogramm festgehaltenen Ziel der Bundesregierung, klimaschädliche Subventionen schrittweise zu ökologisieren. Dieses Ziel ist bereits im Nationalen Energie- und Klimaplan für Österreich (NEKP) festgelegt: „*Ziel ist es, durch einen schrittweisen Abbau kontraproduktiver Anreize und Subventionen zum Zieljahr 2030 einen Treibhausgasreduktionseffekt von mindestens 2 Mio. t CO₂-Äquivalent pro Jahr zu erreichen.*“

Um dieses Ziel zu erreichen, sollte eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundesministeriums für Finanzen eingerichtet werden. Diese Arbeitsgruppe wurde als „AG Kontraproduktive“ auch eingesetzt und traf sich erstmals Anfang dieses Jahres. Ziel ist es, daten- und methodenbasierte Vorschläge zu formulieren, wie eine Reduktion der Treibhausgase durch einen Abbau der klimaschädlichen Subventionen erreicht werden kann². Leider wurde diese Arbeitsgruppe genau in der kritischen Phase der Budgeterstellung pausiert³ und damit das enorme Sparpotenzial bei klimaschädlichen Subventionen nicht genutzt.

Grundsätzlich steht nicht erst seit der WIFO Studie aus dem Jahr 2022⁴ fest, dass klimaschädliche Subventionen ein großes Potenzial für die Budgetsanierung und den Klimaschutz bergen. Allein durch die Reformen von drei klimaschädlichen Subventionen im Verkehrssektor könnte der Staatshaushalt jährlich um 1,04 Milliarden Euro entlastet werden⁵. Diese Möglichkeit sollte angesichts des Spandrucks und den beschlossenen Kürzungen bei Klimaschutz-Maßnahmen unbedingt genutzt werden.

Der Fiskalrat hat in seiner Analyse bereits festgestellt, dass die derzeitigen Maßnahmen nicht ausreichen werden, um das Budget zu konsolidieren. Ein weiteres Sanierungspaket ist daher wohl notwendig. Sicher notwendig sind zusätzliche Maßnahmen, um das Klimaziel Österreichs auch nach dem Kahlschlag beim Klimaschutz innerhalb des Doppelbudgets noch zu erreichen. Eine Reduktion der klimaschädlichen Subventionen wäre eine budgetsichere Möglichkeit für die Erreichung der Klimaziele, wie sie auch der Fiskalrat fordert⁶.

Das Bundesministerium für Finanzen muss daher ehestmöglich die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Kontraproduktive“ präsentieren und einen Zeitplan für die Umsetzung der im NEKP festgelegten Ziele vorlegen. Damit kann einerseits der Zielwert von 2 Mio. t CO₂-Äquivalent Einsparung pro Jahr bis 2030 noch erreicht werden, und andererseits kann sichergestellt werden, dass möglicherweise notwendige,

² <https://www.derstandard.at/story/3000000257039/aus-fuer-klimaschaedliche-foerderungen-arbeitsgruppe-traf-sich-erstmals>

³ <https://www.derstandard.at/story/3000000273850/erreicht-oesterreich-noch-sein-klimaziel-eu-und-wissenschaft-haben-zweifel>

⁴ WIFO 2022: „Analyse klimakontraproduktiver Subventionen in Österreich“, https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-2332/s_2022_klimakontraproduktive_subventionen_69687_.pdf

⁵ <https://kontext-institut.at/inhalte/umfrage-budget-klima/>

⁶ Fiskalrat: „Aktuelle Empfehlungen und Budgetprognose“, https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:528e80df-da39-44ad-86ed-657d7a983195/2025_06_Presstext.pdf

zusätzliche Sanierungsmaßnahmen nicht wieder einseitig auf Kosten der sozial Schwächeren und des Klimaschutzes gehen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „AG Kontraproduktive“ Subventionen sowie einen Zeitplan für die politische Umsetzung der Vorschläge bis Ende des Jahres vorzulegen und damit klimaschädliche Subventionen zu ökologisieren.“



(KRAFT, H.)



(LEONORE
GEWESSLER)



(SCHMID, B.)



(PRAMMER, P.)



(SCHINDLER, ALEXANDER)